

ECONOMIA E POL. INTERNA

HANDELSBLATT

23/10/2006

Padoa-Schioppa greift Ratingagenturen an (Intervista)

2

Padoa-Schioppa greift Ratingagenturen an



Italiens Wirtschafts- und Finanzminister **Tommaso Padoa-Schioppa** wehrt sich gegen die Rückstufung der Kreditwürdigkeit seines Landes durch zwei Ratingagenturen. „Der Arzt kommt erst an, wenn es dem Patienten schon besser geht“, sagte Padoa-

Schioppa im Interview mit dem Handelsblatt. Standard & Poor's und Fitch hatten am Donnerstag die Bonitätsnote der langfristigen Verbindlichkeiten des Landes gesenkt und dies mit Finanzproblemen begründet. Die Kritik an dem italienischen Budget basiere nicht auf einer sauberen Analyse der Fakten, sondern spiegele primär Zweifel an der politischen Durchsetzbarkeit der Konsolidierungspläne wider, sagte Padoa-Schioppa. | mak INTERVIEW SEITE 2

TOMMASO PADOA-SCHIOPPA: Italiens Wirtschafts- und Finanzminister und das ehemalige EZB-Direktoriumsmitglied über die Kritik an der italienischen Haushaltspolitik, das Verhältnis von Notenbankern und Regierungen und die Rolle seines Landes in der Europäischen Union.

„Dem Patienten geht es schon besser“

Handelsblatt: Herr Padoa-Schioppa, Ihr Haushalt verstößt gegen vieles, was Sie als Notenbanker gepredigt haben, etwa in guten Zeiten strukturell zu konsolidieren. Stattdessen geben Sie Geld aus ...

Padoa-Schioppa: Indem wir unser Defizit für 2007 auf 2,8 Prozent zurückführen, entsprechen wir den Vorgaben aus Brüssel. Das bedeutet eine strukturelle Reduzierung des Defizits um 1,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, die wir durch das Minibudget Ende Juni und das Budget im September erreicht haben. Das ist eine enorme Anstrengung für die Wirtschaft.

Aber Sie hätten auf Grund der unerwartet hohen Steuereinnahmen mehr tun können?

Das stimmt – theoretisch. Das ist aber eine Frage der Prioritäten. Ich habe erst im Sommer festgestellt, wie knapp der Haushalt kalkuliert war, den wir von der letzten Regierung geerbt haben. Es fehlte sogar das Geld für die laufenden Kosten der Eisenbahn und des Autobahnnetzes. Es war absolut nötig, den Bereichen etwas zukommen zu lassen, die auszutrocknen drohten. Viele Mitglieder der Koalition haben gesagt, ich sollte – wie Deutschland – das Erreichen der Drei-Prozent-Marke um ein Jahr verschieben. Italien hat sich besser geschlagen als Deutschland. Wir haben nicht verschoben. Aber über das Ziel hinauszuschießen – das wäre zu viel verlangt.

Zeigt die jüngste Herabstufung Italiens durch Ratingagenturen nicht Skepsis gegenüber Ihrer Politik?

Der Arzt kommt erst an, wenn es dem Patienten schon besser geht. Die Kritik der Ratingagenturen an unserem Budget beruht nicht auf einer sauberen Analyse der Fakten, sondern spiegelt in erster Linie Zweifel an der politischen Durchsetzbarkeit der Konsolidierungspläne wider.

Die Vergangenheit zeigt, dass Zweifel durchaus berechtigt sind.

Meine Kollegen im Ecofin waren überrascht, wie viel Italien unternommen hat. Ich bin sicher, dass unser Rating in 12 bis 18 Monaten wieder besser aussieht, wenn Italien auf dem eingeschlagenen Konsolidierungskurs bleibt.

Als Notenbanker haben Sie aber auch gesagt, es sollte vor allem auf der Ausgabenseite konsolidiert werden. Doch Ihr Schwerpunkt scheint eher bei Steuererhöhungen zu liegen?

Dieser Vorwurf ist sachlich einfach nicht berechtigt. Wenn man die Einnahmen auf Grund von Steuererhöhungen auf der einen Seite und die Ausfälle wegen Steuererleichterungen auf der anderen Seite auflistet, erkennt man, dass netto nur rund fünf Mrd. Euro auf Steuererhöhungen entfallen. Der Rest des 35 Mrd. Euro großen Budgets kommt aus einer effizienteren Er-

hebung existierender Steuern, Kürzungen von Regierungsprogrammen, Einsparungen im Gesundheitswesen und der Übertragung privater Pensionsrückstellungen von den Unternehmen an den Staat in Höhe von fünf Mrd. Euro, um Infrastrukturprogramme zu finanzieren.

Ist denn der Zugriff auf die betriebliche Altersvorsorge nicht nur eine kurzfristige Erleichterung zu Lasten der Zukunft?

So wie unser System konzipiert ist, ist das durchaus erlaubt. Übrigens sind auch andere Staaten diesen Weg gegangen. Das Wichtigste ist aber, dass wir über diese Maßnahme eine Einigung sowohl mit den Arbeitgebern als auch mit den Gewerkschaften erzielt haben. Zudem sind die Bestände nicht betroffen, nur ein Teil der Neuzahlungen ab 2007. Und das Geld bleibt selbstverständlich im Eigentum und zur Disposition der Arbeitnehmer.

Wird die EU das akzeptieren?

Der zuständige Kommissar, Joaquín Almunia, hat beim letzten Finanzministertreffen bereits gesagt, dass Brüssel wohl keine Einwände hat.

Glauben Sie, dass mit dem neuen Haushalt das Defizitverfahren gegen Italien eingestellt wird?

Ich weiß es nicht. Ich bin optimistisch, dass der Haushalt vielleicht mit einigen Änderungen, aber im Großen und Ganzen unverändert vom Parlament beschlossen wird. Wenn das so

ist, dann muss Italien das Defizit weiterhin pro Jahr um 0,5 Prozent reduzieren. Ich kann nicht ausschließen, dass das Defizitverfahren weiterläuft.

Brauchen Sie denn nicht den Druck aus Europa, um zu Hause erfolgreich sanieren zu können?

Die heutigen Vorgaben sind ja bereits mit der vergangenen Regierung ausgemacht worden, wir setzen sie nur – an-

ders als die letzte Regierung – durch. Das heißt, die Anforderungen werden vom gesamten politischen Spektrum getragen. In Italien ist es extrem wichtig, Europa zu folgen. Eine Regierung, die die Forderungen aus Europa einfach abtäte, würde nicht an Popularität gewinnen. Aber wir brauchen den soliden Haushalt in unserem eigenen Interesse, nicht um Brüssel zu gefallen.

Was sind die übergeordneten Ziele Ihrer Finanzpolitik?

Effizienz, Stabilität und Gerechtigkeit. 1987 habe ich einen Report zur Einheitswährung geschrieben, der genau diesen Titel trägt. Die Idee ist, dass ein einheitlicher Markt nicht funktionieren kann, wenn es keine Mechanismen gibt, die für makroökonomische Stabilität sorgen wie die Einheitswährung, und die Umverteilung von Einkommen – also Gerechtigkeit. Diese drei Prinzipien habe ich wieder ausgegraben. Das erklärt auch, wieso sich die Koalition über die Wirtschaftspolitik einigen konnte. Alle stimmten überein, dass diese drei Ziele gleichzeitig verfolgt werden müssen. Nicht erst Stabilität und Wachstum und die Umverteilung später. Der linke Flügel der Koalition hatte befürchtet, ein Ex-Zentralbanker poche nur auf Stabilität.

Ist es schwierig mit den Kommunisten in der Koalition?

Ich habe keine Erfahrung mit anderen Koalitionen. Aber im Juli haben wir unseren fünfjährigen Wirtschaftsplan im Kabinett beschlossen, und jetzt haben wir den Haushalt einstimmig abgesegnet. Die Koalition hat gehalten.

Jean-Claude Juncker, Vorsitzender der Euro-Gruppe, besteht auf einem intensiveren Dialog zwischen ihm, dem EZB-Präsidenten und Almunia. Ist das nötig?

Meines Erachtens nicht. Ich habe aber bei dem jüngsten Treffen der Euro-Gruppe erklärt, dass die Unabhängigkeit der Zentralbanken noch eine junge Errungenschaft ist. Wenn die Minister in der Öffentlichkeit zu viel über die Geldpolitik reden, könnte der Eindruck entstehen, dass die alten Instinkte wieder aufleben, die Zentralbanken der Politik zu unterwerfen. Davor warne ich. Damit ist nichts zu gewinnen. Allerdings sollte

man auch Folgendes in Betracht ziehen: Zentralbanker, die sich oft zur Finanzpolitik äußern, sehen es als Einmischung, wenn Minister über Geldpolitik reden. Wenn diese Asymmetrie fortbesteht, kann es dazu kommen, dass die Finanzminister sich wehren und irgendwann in Frage gestellt wird, ob die Notenbanker etwas so freimütig kommentieren dürfen, für das sie politisch nicht ganz verantwortlich sind.

Juncker will auch eine Vertretung der Euro-Gruppe in der G7. Was halten Sie davon?

Mit der einheitlichen Währung sollte die EU nicht nur in der Geldpolitik mit einer Stimme sprechen, sondern nach Möglichkeit auch zur internationalen Kooperation in der Makropolitik. Als ich in Frankfurt war, hatte ich bei internationalen Gipfeltreffen fast nie denselben Finanzminister an meiner Seite, nur Gesichter, die alle sechs Monate wechselten. Ich plädiere dafür, dass Europa neben der EZB durch die Kommission und – je nach Sachlage – durch die Euro-Gruppe oder durch Ecofin vertreten wird.

Und wie ist das beim Internationalen Währungsfonds (IWF)?

Beim IWF ist es komplizierter, weil nur Länder Mitglieder sein können und die EU kein Land ist. Andererseits wäre eine einheitliche Repräsentanz der Euro-Region die Krönung des großen Schritts, den wir mit dem Euro getan haben. Durch die Vertretung von sechs einzelnen EU-Ländern verlieren wir an Einfluss.

Auch an anderer Stelle hakt es in Europa. Glauben Sie, dass die EU-Verfassung noch eine Chance hat?

Ja, die große Mehrheit der Länder hat die europäische Verfassung ratifiziert. Warum sollten die weniger zählen als die Länder, die dagegen waren? Die Notwendigkeit einer europäischen Verfassung ist heute genauso stark gegeben wie zuvor.

Der europäischen Integration fehlen derzeit neue Impulse. Wo können die herkommen, und kann Italien dabei eine Rolle spielen?

Italien hat in der Vergangenheit schon oft eine entscheidende Rolle bei der europäischen Integration gespielt. Diese Regierung ist gewillt und in der Lage, das wieder zu tun – natürlich unter Einbeziehung Deutschlands und Frankreichs.

Ein neuer Streitpunkt zwischen EU und Italien könnte die Schiefelage der Alitalia werden. Es gibt Gerüchte, die Regierung wolle dem Unternehmen finanziell unter die Arme greifen?

Die Zeit für staatliche Interventionen ist längst vorbei. Und das ist auch gut so. Die Regierung wird als größter Alitalia-Aktionär versuchen, eine Lösung im Sinne des Marktes zu finden, das heißt, die Marktregeln werden in jedem Fall respektiert.

Für die Deutschen ist Italien nur schwer zu verstehen. Was raten Sie ihnen, um die Lage Ihres Landes richtig zu interpretieren?

Lassen Sie sich bitte nicht vom typischen italienischen Durcheinander in die Irre führen. Auch wenn es Italien besser geht, wird es dazu nur auf schwer erkennbare Art und Weise kommen.

Das Gespräch führten K. Kort und M. Kurm-Engels.

TOMMASO PADOA-SCHIOPPA**Der Minister**

Der Posten des Wirtschafts- und Finanzministers ist das erste politische Amt Tommaso Padoa-Schioppas (66). Der ausgewiesene Experte auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Währungspolitik (parteilos) gilt als Hoffnungsträger der Finanzmärkte. Sie erwarten von ihm, die ausufernde Verschuldung Italiens einzudämmen und die Wirtschaft mit liberalen Reformen auf Wachstumskurs zu bringen.

Der Notenbanker

Seine eigentliche Karriere hat der an der Mailänder Elite-Universität Bocconi und am Massachusetts Institute of Technology ausgebildete Nationalökonom in Zentralbanken gemacht. 1984 bis 1997 war er Stellvertretender Generaldirektor der Banca d'Italia. Von Mitte 98 bis Mitte 2005 gehörte er dem Direktorium der Europäischen Zentralbank (EZB) an. Vor seinem Eintritt in die EZB war Padoa-Schioppa seit Anfang 1997 Chef der italienischen Börsenaufsicht (Consob) gewesen.

Der Europäer

Als überzeugter Europäer hat der gebürtige Norditaliener den Prozess der europäischen Integration in den letzten 30 Jahren aktiv begleitet. Als Generaldirektor „Wirtschaft und Finanzen“ bei der EU-Kommission (1979 bis 1983) war er an der Vorbereitung des Europäischen Währungssystems beteiligt. Er arbeitete nicht nur Ende der achtziger Jahre den Delors-Bericht mit aus, sondern konzipierte auch die 1992 beschlossene Wirtschafts- und Währungsunion mit.